

Christian Rainer „Khol & Co. – was wir vergessen sollen“

Rosemarie Schwaiger „Hohe Sozialleistungen – nur mit dichten Grenzen“

Peter Michael Lings „Willkommenskultur – nur mit Ehrlichkeit und mehr Polizisten“

Flüchtlinge Die Abschreckungskultur

Faymann allein zu Haus

Gendatenbanken **Gesundheit oder Gefahr?**



Wir Heimkinder klagen an

Die Opfer staatlicher und kirchlicher Erziehungsanstalten sind mit der Aufarbeitung der tausenden Verbrechen unzufrieden.

Aus der Redaktion Liebe Leserin, lieber Leser

Margit Christine Skala war neun, als sie in ein von Nonnen geführtes Heim kam. Die Ordensfrauen schlugen das Mädchen und zwangen es, Erbrochenes zu essen. Skala flüchtete, wurde vom Jugendgericht wegen „Vagabundage“ zu zwei Wochen Haft verurteilt und landete in einem Heim, wo Verstöße gegen die Disziplin mit Dunkelhaft in einem Kirchenverlies geahndet wurden. Sie arbeitete 65 Stunden pro Woche und sah nie einen Lohn dafür. Mit 21 kam sie frei. Ihr Leben war im Grunde schon zu Ende, bevor es begonnen hatte. Ein Schicksal unter Aber-tausenden.

Vor fünf Jahren wurde einer der größten Skandale der Nachkriegsgeschichte publik. Immer mehr Heimkinder sprachen offen darüber, wie sie in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren in der Obhut von staatlichen oder kirchlichen Institutionen physisch und seelisch gebrochen worden waren. „Es gehört zu den Erfolgsgeschichten des Journalismus, dass die Verbrechen an den Heimkindern

ins öffentliche Bewusstsein rückten“, schreibt EDITH MEINHART in der aktuellen Coverstory, in der acht Opfer ihre beklemmenden Leidensgeschichten erzählen.

Allen Lippenbekenntnissen und Entschädigungszahlungen zum Trotz kann von einer lückenlosen Aufarbeitung der Verbrechen jedoch bis heute keine Rede sein. Die ehemaligen Heimkinder warten immer noch auf eine offizielle Entschuldigung von staatlicher und

kirchlicher Seite. Auf profil-Anfrage ließ Nationalratspräsidentin Doris Bures ausrichten, eine solche zeremonielle Geste erfordere einen Schulterschluss, die Möglichkeiten dafür würden ausgelotet. Justizminister Wolfgang Brandstetter signalisiert immerhin die Bereitschaft, „an einer Aufarbeitung mitzuwirken, etwa durch das Bereitstellen von Akten der Justiz zu Forschungszwecken“. Es wäre zumindest ein Anfang.

IHRE REDAKTION

Meinhart (2. v. r.),
ehemalige Heimkinder



www.profil.at

profilaktuell

Das Nachrichtengeschehen im Überblick: aktuelle Meldungen, Meinungen, Analysen, Hintergrundberichte



profilvideo

Neue Serie: Flüchtlinge erzählen.
Diese Woche: Luna Al-Mousli, 25, in Österreich geboren, in Damaskus aufgewachsen

profildigital

profil als E-Paper für alle Plattformen:
www.profil.at/epaper

profilsocialmedia

- facebook.com/profilonline
- twitter.com/profilonline
- youtube/profilonline

profilshop

profilaboservice

Jetzt an Ihrem **Kiosk**



profilwissen

100 Jahre Relativitätstheorie:
Einstein endlich erklärt.

profil-Abo

profil.at/abo

10x profil um nur **€10,-**

HEIMGEDREHT

Tausende Kinder wurden in katholischen und staatlichen Internaten und Besserungsanstalten körperlich und seelisch gebrochen. Vor fünf Jahren kam der größte Skandal der Nachkriegsgeschichte ans Licht. Seither flossen Millionen an die Opfer. Doch von einer lückenlosen Aufarbeitung der Verbrechen kann keine Rede sein. Bilanz einer nationalen Schande.



VON EDITH MEINHART
FOTOS: PHILIPP HORAK

In der hintersten Ecke eines Souterrain-Lokals im 15. Wiener Gemeindebezirk, da sitzen sie mit ihren monströsen Geschichten, Männer und Frauen, die jüngsten in ihren 50ern, manche über 70. Schriftstücke werden herumgereicht, handgeschriebene Zettel, in Archiven aufgestöberte, oft lückenhafte Beweise für die Verbrechen, die an ihnen verübt wurden, als sie Kinder waren. Eine Frau mit kurzen, mahagonifarbenen Haaren kramt nach dem Kuvert mit dem goldenen Prägezeichen der Präsidentschaftskanzlei. Er werde 200 Euro überweisen lassen, hatte der höchste Mann im Staat sie wissen lassen, mehr könne er für sie nicht tun. Das Schreiben ist neun Jahre alt. „Wir sind Bittsteller geblieben“, sagt einer aus der Runde. Bitter pflichten die anderen bei: „Einmal Heimkind, immer Heimkind.“

Wie eine eitrig Beule war vor rund fünf Jahren einer der größten Skandale der Nachkriegsgeschichte aufgebrochen. Immer mehr Heimkinder und Internatszöglinge hatten zunächst in Deutschland und mit zeitlicher Verzögerung auch hierzulande zu erzählen begonnen, wie sie in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren unter der Obhut von Staat und Kirche körperlich und seelisch gebrochen worden waren. Man hatte sie geschlagen, angespuckt, in Besinnungsräume gesperrt, als Arbeitskräfte ausgebeutet und als Sexualobjekte missbraucht. Jede ihrer Geschichten leuchtete grell in die Abgründe einer Nachkriegswirklichkeit hinein, die von NS-Ideologie, schwarzer Pädagogik, Frauenverachtung und einem mörderischen Hass auf alles „Asoziale“ durchdrungen war.

Das Ausmaß der Gewalt schockierte. Hunger und Durst, Erbrochenes essen, mit Zahnbürsten Stiegengeländer putzen, frierend auf Holzscheiten knien, Folter mit Plastiksackerln: Mit jeder Woche wurde die Liste der Entsetzlichkeiten länger, die in Zeitungsartikeln, Talkshows, Büchern, Filmen, Kommissionsberichten und Studien abgehandelt wurde. Nur unter enormem öffentlichen Druck waren Kirche, Landesbehörden und staatliche Stellen dazu zu bewegen, sich dem Skandal zu stellen. Der Grüne Abgeordnete Albert Steinhauser sorgte für medialen Aufwind, als er das ehemalige Heimkind Jenő Alpár Molnár ins Hohe Haus einlud, um aus dessen 2008 erschienenen Buch „Wir waren doch nur Kinder“ zu lesen.

Zwei Jahre zuvor hatte profil Franz Josef Stangl porträtiert, der sieben Jahre lang in Besserungsanstalten „vernichtet“ worden war, wie er es formulierte (Ausgabe vom 28. Jänner 2008). Stangl ist heute einer der umtriebigsten Vertreter eines Vereins ehemaliger Heimkinder.

Es gehört zu den Erfolgsgeschichten des Journalismus, dass die Verbrechen an den Heimkindern ins öffentliche Bewusstsein rückten und Menschen wie Stangl nicht mehr als Lügner abgetan werden.

Nach „Kurier“-Recherchen rund um das 1977 geschlossene Kinderheim am Wilhelminenberg geriet die Stadt Wien ins Fadenkreuz der Kritik. Seither ist einiges passiert, „das ohne Öffentlichkeit nicht passiert wäre“, konzediert der Grüne Steinhauser. Die Klasnic-Kommission schüttete 20 Millionen Euro an die Opfer von Missbrauch in der Kirche aus. Kardinal Christoph Schönborn hatte die ehemalige steirische Landeshauptfrau Waltraud Klasnic mit der Leitung des Gremiums betraut. 1700 Betroffene haben sich gemeldet, immer noch kommen neue dazu. Klasnic ist zufrieden mit der Aufarbeitung, auch wenn sie an Grenzen stoße, „wo Opfer nicht mehr leben oder keine Kraft haben, zu uns zu kommen“. Die Caritas Wien ließ aus eigenem Antrieb die Vergangenheit in vier Heimen aufarbeiten, die Caritas in Oberösterreich zieht gerade nach. Aufklärungsbedarf sieht Klasnic inzwischen vor allem im öffentlichen Bereich: „Nicht nur die Kirche, auch der Staat hat Fehler gemacht.“

2011 erkannte ein Forschergremium unter dem Vorsitz des Sozialhistorikers Reinhard Sieder eine „historische Katastrophe von unglaublichen Ausmaßen“. Im Nachhinein klingt das wie die Ankündigung jenes 344 Seiten dicken Berichts, den die von der Stadt Wien betraute Wilhelminenberg-Kommission im Juli 2013 ins Internet stellte (http://www.kommission-wilhelminenberg.at/presse/jun2013/Bericht-Wilhelminenberg-web_code.pdf). In Gesprächen mit ehemaligen Heimkindern, Erziehern, Nachbarn und Lieferanten hatten sich die Forscher ein Bild von der „massiven physischen und psychischen Gewalt“ verschafft. Gerüchte von massenhaftem sexuellen Missbrauch und Vergewaltigungen fanden sie bald bestätigt. Lediglich die kolportierten Morde ließen sich nicht nachweisen. Ungeklärt ist bis heute allerdings, wer bei der überfallsartigen Schließung des Heimes im Jahr 1977 die Vernichtung der Protokolle anordnete, die Mitarbeiter über ihre Zöglinge angefertigt hatten. Zeugen berichteten, sie seien auf einen Lkw geladen und weggeschafft worden. Am Ende der Nachforschungen bekam die Staatsanwaltschaft dennoch eine Liste mit 30 Verdächtigen zur allfälligen strafrechtlichen Verfolgung ausgehändigt.

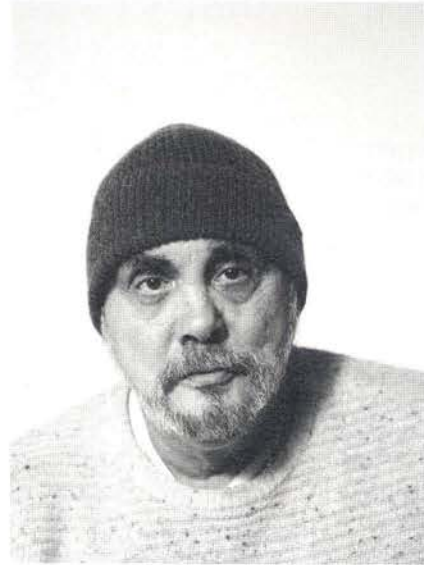
Irgendwann wurde die Öffentlichkeit der schrecklichen Geschichten wieder müde. Reporter und Kameraleute wandten sich anderen Themen zu. Die ehemaligen Heimkinder aber warten immer noch auf ein Zeichen der Anerkennung, dass ihnen von Staat und Kirche Unrecht getan wurde. Über 100 von ihnen formierten sich zu einem Verein und trugen das Ansinnen an Bischöfe heran, schrieben dem Bundespräsidenten, dem Sozialminister und dem Wiener Bürgermeister. Manchmal antwortete jemand, meistens nicht. Die verstorbene Nationalratspräsidentin Barbara Prammer wollte sich für eine Zeremonie einsetzen, Kardinal Schönborn hatte sich darüber mit Heinz Fischer unterhalten, Mitglieder der Klasnic-Kommission klappten die Minister ab, Justiz, Soziales, Bildung, Familie. „Ich hätte mir eine Geste gewünscht, wie seinerzeit von Franz Vranitzky, der sich in Israel ▶

Die ehemaligen Heimkinder warten immer noch auf ein Zeichen der Anerkennung, dass ihnen von Staat und Kirche Unrecht getan wurde.



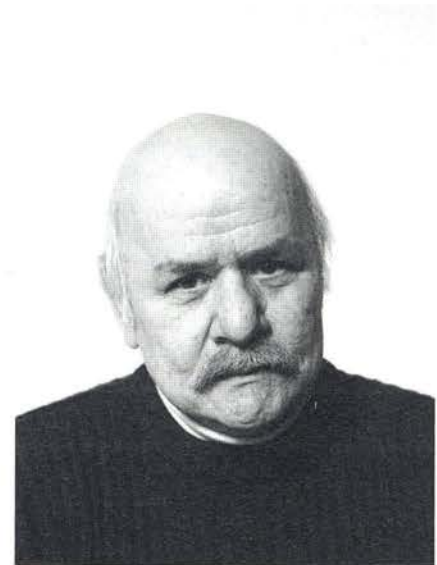
Ilonka Stahleder, geb. Redinger, 62

1958 bis 1968, das waren ihre zehn Jahre am Wilhelminenberg. „Es weiß ohnedies jeder, wie es da zugegangen ist, was soll ich viel sagen?“ Der Bericht der von der Stadt Wien eingesetzten Untersuchungskommission ist 344 Seiten dick. „Außer sexuellem Missbrauch habe ich ziemlich alles erlebt, was da beschrieben ist“, sagt Ilonka Stahleder. Durst, Hunger, Schmerzen, Erniedrigungen, Ohnmacht, Einsamkeit, Angst. Mit 15 kam das Kind einer Alkoholikerin in das von Klosterschwestern geführte St. Josefsheim Brunn am Gebirge, und obwohl das schwer vorstellbar ist, „dort war es noch schlimmer, die Hölle auf Erden“. Sie sei bei 60 Grad in der Waschküche gestanden, habe bis zum Umfallen genäht und gebügelt, ohne einen Schilling dafür zu sehen. Nach einem Jahr durfte sie zu ihrer Mutter zurück. Die Angst, in einen Abgrund zu stürzen, verfolgte sie ihr ganzes Leben lang. Sie heiratete einen Mann, der sich als Schläger herausstellte, ließ sich wieder scheiden, musste um die Alimente kämpfen und drehte fast durch bei dem Gedanken, sie könnte ihren Hausbesorgerposten verlieren und das Jugendamt ihre Tochter in ein Heim stecken. Nur für ihr Kind habe sie all die Jahre durchgehalten, „ich wäre sonst irgendwann untergegangen“. 5000 Euro bekam sie von der Kirche, 20.000 von der Stadt Wien für die Jahre am Wilhelminenberg. Sie nahm das Geld und fühlte sich dabei wieder wie das kleine Mädchen, das man vor mehr als 50 Jahren ins Heim gesteckt hatte: „Da hast du, mehr bist du nicht wert, und jetzt gib Ruhe!“



Karl Martinek, 63

„Ich war Marillenpflücken.“ Damit pflegte der 63-jährige Wiener die Lücken im Lebenslauf zu erklären, die Aufenthalte im Gefängnis gerissen hatten. „Lieber Karl, das ist keine Strafe, sondern eine Erziehungsmaßnahme“, sagte der Richter zu dem 14-jährigen, der eben aus einem Heim ausgebrochen war. In der gefürchteten Besserungsanstalt Kaiserebersdorf sollte der Bub auf den rechten Weg zurückfinden. Gewalt war alltäglich. Eines Tages ging Martinek mit dem Spitzbohrer auf einen Erzieher los, der gedroht hatte, ihm die Zähne einzuschlagen. Daraufhin wurde er im Besinnungsraum verprügelt, bevor man ihn, nur im T-Shirt und in Handschellen, mit einem Lkw nach Kirchberg am Wagram verfrachtete. Dort, in einem ehemaligen Bezirksgefängnis, wurden in zehn Zellen Burschen wie er festgehalten. „Es war eiskalt, wir haben am Tag einen halben Liter Wasser zu trinken bekommen, statt einer Toilette hat es einen Kübel gegeben, und verarztet hat uns ein Tierdokter“, sagt Martinek. Beamte hätten ihn „mit Zigaretten an den Hoden verbrannt und auch sonst arg gefoltert“. Als er später seinen Akt im Staatsarchiv ausheben ließ, fand sich neben belangloser Korrespondenz aus dieser Zeit ein einziges Blatt Papier. 29. Juni 1967 bis 18. November 1969, für Martinek bis heute der einzige handfeste Beleg, dass es bis in die 1960er-Jahre in Kirchberg am Wagram, gegenüber dem Wirt, „wo sich die Beamten angesoffen haben, bevor sie uns gequält haben“, ein „Guantanamo“ gegeben habe. Für 17 Jahre in Heimen sprach die Stadt Wien Martinek 20.000 Euro zu, „drei Euro am Tag“. Vom Bund: null, weder Geld noch eine Entschuldigung.



Franz Josef Stangl, 63

Kaum hatte er das Drama seiner Kindheit zu Papier gebracht, hätte er es umschreiben müssen. „Der Bastard“ heißt der erste Band der Lebenserinnerungen des 1952 in Graz geborenen Buben einer überforderten, ledigen Mutter. Er war fünf, als die Fürsorge eine Pflegemutter für ihn fand, die ihn prügelte, elf, als er vor dem Drill im Grazer Erziehungsheim Rosenhof davonlief, zwölf, als er in der Besserungsanstalt Steyr-Gleink einem NS-Kampfpiloten, der Priester geworden war, in die Hände fiel (nachzulesen im Band „Der Klosterzögling“). Mit 16 landete Stangl in einem Jugendheim in Korneuburg, wo Erzieher ihn mit Fäusten traktierten und traten, bis er bewusstlos war. Er arbeitete von früh bis spät, für einen Schilling am Tag. Mit 18 wurde er als „unerziehbar“ entlassen, körperlich und seelisch zerstört. Er betäubte sich mit Alkohol, ging einbrechen, kam ins Gefängnis. Anfang der 1980er-Jahre zwangen ihn Panikattacken, sich seiner Vergangenheit zu stellen. 1986 blätterte Stangl erstmals im Fürsorgeakt. Er suchte seine Schwester und seine Mutter. 2009 ließ er den Akt erneut ausheben und fand darin ein vierseitiges Dokument, demzufolge seine Mutter von ihrem Adoptivvater missbraucht worden war und seine Schwester der Vergewaltigung entstammte. Da war der erste Teil seiner literarischen Erinnerungen schon erschienen: „Mein Opa ist darin gut weggekommen. Ich hatte ja keine Ahnung.“ Inzwischen sind die Zettel verschwunden: „Jemand hat in dem Akt herumgestochert. Ich weiß bis heute nicht, wer das war.“

auch für etwas entschuldigt hat, wofür er persönlich keine Schuld auf sich geladen hat“, sagt Kurt Scholz, Mitglied der Klasnic-Kommission. Vor einem Jahr signalisierte die Stadt Wien, im Herbst sei es so weit. Dann kamen die Flüchtlinge und die Landtagswahlen. Am Ende fühlte sich wieder niemand für die Veranstaltung zuständig, bei der die Heimkinder zudem ein Wort mitreden wollen. „Das darf kein Schlusstrich werden, mit dem man wieder über uns drüberfährt. Wir wollen, dass die Republik uns von dem Makel reinwäscht, dass wir ohnedies lauter Kretins waren“, sagt Stangl.

Auf profil-Anfrage ließ Nationalratspräsidentin Doris Bures ausrichten, eine würdige Geste der Entschuldigung erfordere einen Schulterchluss, die Möglichkeiten dafür würden ausgelotet. Im Büro des Sozialministers sieht man Kirche und Länder in der Ziehung, dennoch sei der Sozialminister „offen für eine Initiative“. Ähnlich Kardinal Christoph Schönborn, der über seinen Sprecher signalisiert: „Wir sind an Bord, sehen uns aber nicht berufen, uns an die Spitze zu stellen.“ Präsidentschaftskanzlei und Familienministerin Sophie Karmasin äußerten sich nicht. In der für Jugendwohlfahrt zuständigen MA 11 verwies man auf das Koalitionsübereinkommen der rot-grünen Stadtregierung. Darin steht, man werde sich für eine nationale Zeremonie starkmachen. Sollte dies nicht gelingen, würde man sich auf Landesebene etwas überlegen. Erinnerungskultur sieht anders aus. Justizminister Wolfgang Brandstetter deklariert im profil-Gespräch immerhin die Bereitschaft, „an einer Aufarbeitung mitzuwirken, etwa durch das Bereitstellen von Akten der Justiz zu Forschungszwecken“.

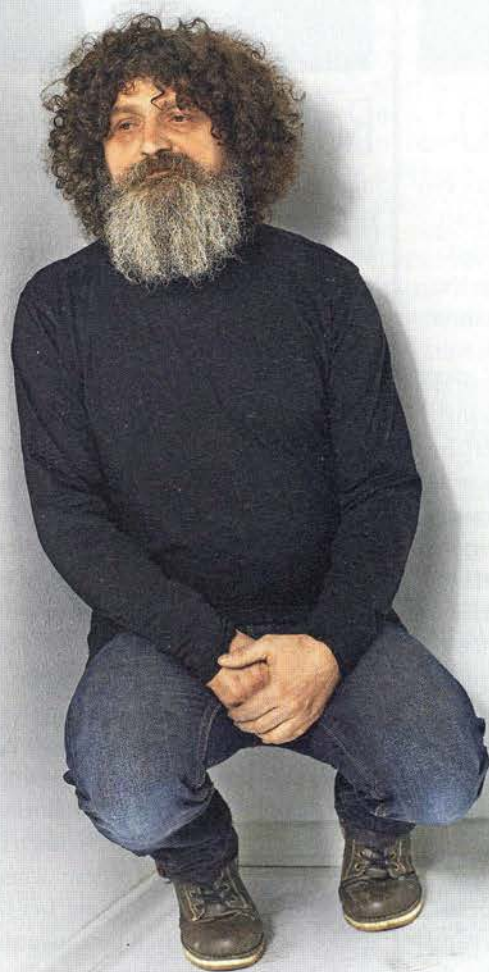
Fünf Jahre, nachdem sich das Ausmaß der Verbrechen an den Heimkindern offenbart hatte, sind längst nicht alle Bestände durchpflügt. Auch die berühmte Besserungsanstalt für männliche Jugendliche in Kaiserebersdorf, die zur Justiz ressortierte, harret einer Durchleuchtung. Sind wenigstens die Opfer entschädigt, die Täter zur Rechenschaft gezogen? Die Kirche bekannte sich zögerlich zu ihrer Schuld, zahlte „finanzielle Hilfen“ und Therapien; von „Entschädigung“ will Waltraud Klasnic nicht reden. Die Beträge brauchen laut Kommissionsmitglied Scholz den Vergleich nicht zu scheuen: „In Deutschland gab es maximal 5000 Euro, bei uns liegt die durchschnittliche Zahlung bei 12.000 bis 13.000 Euro und der Höchstsatz bei 35.000.“ Doch die Täter blieben meist unbehelligt, nicht zuletzt, weil ihre Verbrechen verjährt waren. Inzwischen wurden in den Bundesländern Diözesankommissionen eingerichtet, die sich auch um Täter kümmern sollen. Der Bund hingegen tut immer noch so, als ginge ihn das Thema nichts an. Als sich herausstellte, dass es auch in staatlichen Internaten zu Übergriffen gekommen war, klopfte die Klasnic-Kommission beim Bildungsministerium an: „Die Antwort war erst einmal zwei Jahre Schweigen“, so Scholz.

Die Stadt Wien schaute beim Wilhelminenberg genau hin. Immerhin. Selbst Rechtsanwalt Johannes Öhlböck, der Dutzende Heimopfer vertritt →

„Das darf kein Schlusstrich werden, mit dem man wieder nur über uns drüberfährt. Wir wollen, dass die Republik uns von dem Makel reinwäscht, dass wir ohnedies lauter Kretins waren.“

Andreas Gugl, 49

Vater: unbekannt, stand in der Geburtsurkunde. Seine Mutter, damals keine 16, wurde auf der Fahrt von einem Feuerwehrfest nach Hause mehrfach missbraucht. Von einem der Täter wurde sie schwanger. Ihre Eltern jagten sie daraufhin vom Hof. Die junge Frau landete am Straßenstrich. Der kleine Andreas blieb bei den Großeltern zurück. Als der Bub eines Tages erzählte, dass ihn eine Großtante sexuell missbrauchte, wurde er der Lüge bezichtigt und landete im Landeskrankenhaus Klagenfurt auf der Heilpädagogischen Abteilung von Franz Wurst. Der mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Landes Kärnten ausgezeichnete Primar wurde 2002 wegen Anstiftung zum Mord an seiner Ehefrau und sexueller Nötigung von minderjährigen Patienten zu 17 Jahren Haft verurteilt. 38 ehemalige Patienten sagten aus, in Erholungs- und Erziehungsheimen von Wurst missbraucht worden zu sein. Auch Andreas Gugl wäre als Zeuge geladen gewesen, doch er saß zur Zeit des Prozesses in Frankreich im Gefängnis, weil er einen Pädophilen erschossen hatte. Vor Kurzem bekam Gugl von der Opferschutzkommission Kärnten 18.000 Euro dafür zugesprochen, dass er nicht nur von Wurst, sondern auch in Heimen in Görtschach, Hartberg und Rosenhof über Jahre hinweg geprügelt, sadistisch gequält und sexuell missbraucht worden war. Auch das hatte dem Jugendlichen seinerzeit niemand geglaubt. Zwei Mal hatte er in seiner Not versucht, seinem Leben ein Ende zu setzen und war in der Psychiatrie gelandet. Heute, 35 Jahre später, ist für Gugl das schmerzhafteste Kapitel längst nicht abgeschlossen: „Wurst war nicht der einzige Täter, es gibt noch viel mehr.“





Verena Udel, 60

Was ist eine Zerstörung wert, die man von außen schwer sehen kann? Verena Udel spielte zeit ihres Lebens den fröhlichen Kumpel. Nur die wenigsten in ihrem Umfeld wussten, dass die Frau, die von ihrer Geburt an in Heimen aufgewachsen war, innerlich tief verletzt war und dass sie als Erwachsene beschlossen hatte, dass ihr niemand mehr wehtun sollte. Die Erfahrung hatte sie gelehrt, dass Nähe bedeutete, angespuckt, getreten und missbraucht zu werden. So war es für das Kindergartenkind, in der Volksschule, in der Hauptschule im Heim in Biedermannsdorf, im Poly und bei den Nonnen im St. Josefsheim in Brunn am Gebirge. Später zuckte sie oft zusammen, wenn jemand sie berührte, selbst wenn es eine Krankenschwester war. Sie wurde zur Einzelgängerin, blieb all die Jahrzehnte hinweg „wirklich, wirklich allein“, arbeitete als Pflegehelferin bei der Gemeinde Wien und machte eine Ausbildung zur Sozialarbeiterin. Seit einem Jahr ist sie in Pension, sie könnte sich entspannen: „Aber das Gefühl der Bedrohung geht nie weg.“ Sie hat eine Weile überlegt, ob sie als nunmehr offiziell anerkanntes Opfer der Kirche die ihr zugesprochenen 15.000 Euro überhaupt annehmen sollte. Sie war froh, damit einen Kredit abdecken zu können. Andererseits war ihr erst da bewusst geworden, dass sie es nie geschafft hatte, ihr Leben zu genießen, dass sie keine Freude kannte und sich keinen Tag geborgen und sicher fühlen konnte: „Diesen Verlust kann kein Geld der Welt wettmachen.“



Robert Volek, 64

Immer diese Albträume, das quälende Gefühl, nicht aufrichtig zu sein: Erst 2010 konnte Robert Volek seiner Frau erzählen, wie seine ersten 21 Jahre wirklich gewesen waren. Gemeinsam weinten sie über sein grausames Schicksal, das den Buben in einem Heim in Wien zur Welt kommen ließ und ihn bis zur Volljährigkeit von einem ins nächste weiterschob. In dieser Zeit war er auf viele Arten gedemütigt, geschlagen und missbraucht worden. Als er begann, seine Geschichte aufzuschreiben, fand er nach 40 Seiten immer noch kein Ende. Lücken, Zweifel, Fragen: In seinem Akt fehlen Spitalsaufenthalte, Beschwerden über Erzieher, Polizeiprotokolle. Volek war einer der Ersten, der seine Geschichte öffentlich machte. Beim Weißen Ring wurde er als Opfer Nummer 29 vorgestellt und bekam für die Zeit seines Aufwachsens in verschiedenen Heimen der Stadt Wien 25.000 Euro zugesprochen, eine Geste, keine Entschädigung. Der Gedanke, dass die politisch Verantwortlichen schon vor Jahrzehnten über die Zustände in den Heimen Bescheid wussten, macht ihn krank. Eine schnelle Entschuldigung reicht ihm dafür nicht. „Dazu gehören immer zwei, jemand, der sie ausspricht, und jemand, der sie annimmt.“ Man habe einfach zu lange geschwiegen.



Ursula Trollmann, 57

Behütet und schwerelos hatte ihr Aufwachsen begonnen. Sie lebte bei ihrer Großmutter, bis ihre Mutter von einem neuen Mann schwanger wurde, sie zu sich holte und das Martyrium seinen Lauf nahm. Der Stiefvater verging sich an ihr. Das Mädchen vertraute sich der Oma an, die ihr glaubte, ihre Mutter aber beschimpfte sie als Lügnerin und schob sie ins Heim ab. Im April des Vorjahres sagte Ursula Trollmann in einem der bis heute ganz wenigen Strafprozesse, in denen sich Täter verantworten müssen, in einem abgetrennten Raum vor einer Videokamera aus, was sie in sechs Heimjahren am Wilhelminenberg, im Polizeikinderheim in der Wiener Boltzmanngasse, in Klosterneuburg, in Wien-Nussdorf und in Brunn am Gebirge durchgemacht hatte: Vergewaltigungen, Wasserfolter, Hunger, unfassbare Gewalt. Drei Mal unterbrach das Gericht, weil sie unter den Erinnerungen kollabierte. Als Kind hatte Ursula Trollmann gelernt, ihren Schlägern in die Augen zu schauen und niemals zu weinen. „Dir muss man den Schädel einhauen, damit du etwas spürst“, schimpften sie. Die Klasnic-Kommission sprach ihr 15.000 Euro zu, das Bundessozialamt versagte ihr eine Opferrente. Kein Betrag der Welt kann die heute 57-Jährige dafür entschädigen, dass sie kein spielender, junger Mensch sein durfte, dass man ihr „alles genommen hat, meine Würde, meinen Stolz, meine Kindheit und sogar mein Lehrlingsgeld“. Sie möchte nur endlich nicht mehr herumgestoßen und verächtlich gemacht werden, sondern als „ganzer Mensch gesehen und respektiert“.

derzeit laufen drei Zivilverfahren und ein Strafverfahren gegen Erzieherinnen – zollt dafür Respekt: „Ich habe auch Erfahrung mit Benediktinern und anderen Orden, die könnten sich von Wien eine Scheibe abschneiden.“ Die Stadt zahlte Millionen an Entschädigungen. Wer als Kind aufgrund einer Jugendwohlfahrtsmaßnahme zu Schaden gekommen war – ob in kirchlichen oder staatlichen Heimen oder in einer Pflegefamilie – erhielt zwischen 5000 und 35.000 Euro. Die Abwicklung übernahm die Opferschutzeinrichtung Weißer Ring. 2800 Menschen haben sich hier gemeldet, laut Geschäftsführerin Marianne Gammer flossen in Summe 35,6 Millionen Euro. Auch hier trudeln immer noch neue Meldungen ein, im Vorjahr waren es durchschnittlich 34 pro Monat.

Die Wilhelminenberg-Aufarbeitung sollte pars pro toto stehen, was in der Praxis bedeutet, dass an andere städtische Heime – Eggenburg, Hohe Warte oder Wimmersdorf – bis heute nicht gerührt wird, wie der Historiker Michael John kritisiert. John setzte sich mit der Heimgeschichte auseinander, lange bevor sich Medien dafür interessierten, und war Mitglied der Wilhelminenberg-Kommission. 500.000 Euro hat ihre Arbeit gekostet. Für die Idee, das ehemalige Waisenhaus Hohe Warte aufzuarbeiten, hat Wien nur noch wenig finanzielle Mittel übrig. „Für die Anerkennung der Opfer und das gesellschaftliche Klima wäre eine lückenlose Aufarbeitung unverzichtbar“, sagt John. 11.000 Heimkinder zählte man 1970. Wie viele zwischen 1945 und 1990, der Hochphase physischer und psychischer Gewaltexzesse, zu Opfern wurden, ist selbst für ihn schwer zu schätzen: „Beschränkt man sich auf Fälle von unverhältnismäßiger Repression, kommt man auf eine fünf- bis sechsstelligen Zahl.“

Die Erziehungsheime waren Sache der Kirche und der Länder, wo eigene Kommissionen die Arbeit aufnahmen. Das Land Salzburg gab eine Heimkinder-Studie in Auftrag, Vorarlberg ließ das Gewaltregime im ehemaligen Erziehungsheim Jagdberg erforschen. Laut Horst Schreiber, Historiker aus Innsbruck und Verfasser einer Reihe von Büchern zur Heimerziehung, sind die Landesheime im Westen des Landes inzwischen gut erforscht. Mindestens 8000 Kinder waren seit 1945 in Tirol und Vorarlberg untergebracht, weitere 4000 bis 5000 in katholischen Heimen.

Seit 2010 wurden rund vier Millionen Euro an etwa 600 Betroffene gezahlt. Nur die Orden verriegeln immer noch ihre Archive. Im Kloster Martinsbühel bei Zirl in Tirol, das in der NS-Zeit als Schule für „schwer erziehbare Kinder“ diente, führten Benediktinerinnen ab 1947 ein Kinderheim und eine Behinderteneinrichtung, wo Kinder als Arbeitskräfte ausgebeutet wurden. Schreiber würde gerne Berichten von Zeitzeugen nachgehen, „aber die Nonnen verweigern bis heute jede Kommunikation mit den Opfern“, so Schreiber.

Das „größte Scheitern“ bei der Aufarbeitung der nationalen Nachkriegsschande besteht vermutlich darin, dass die von vielen Seiten geforderte staatliche Oberkommission nie zustande kam. Der Bund

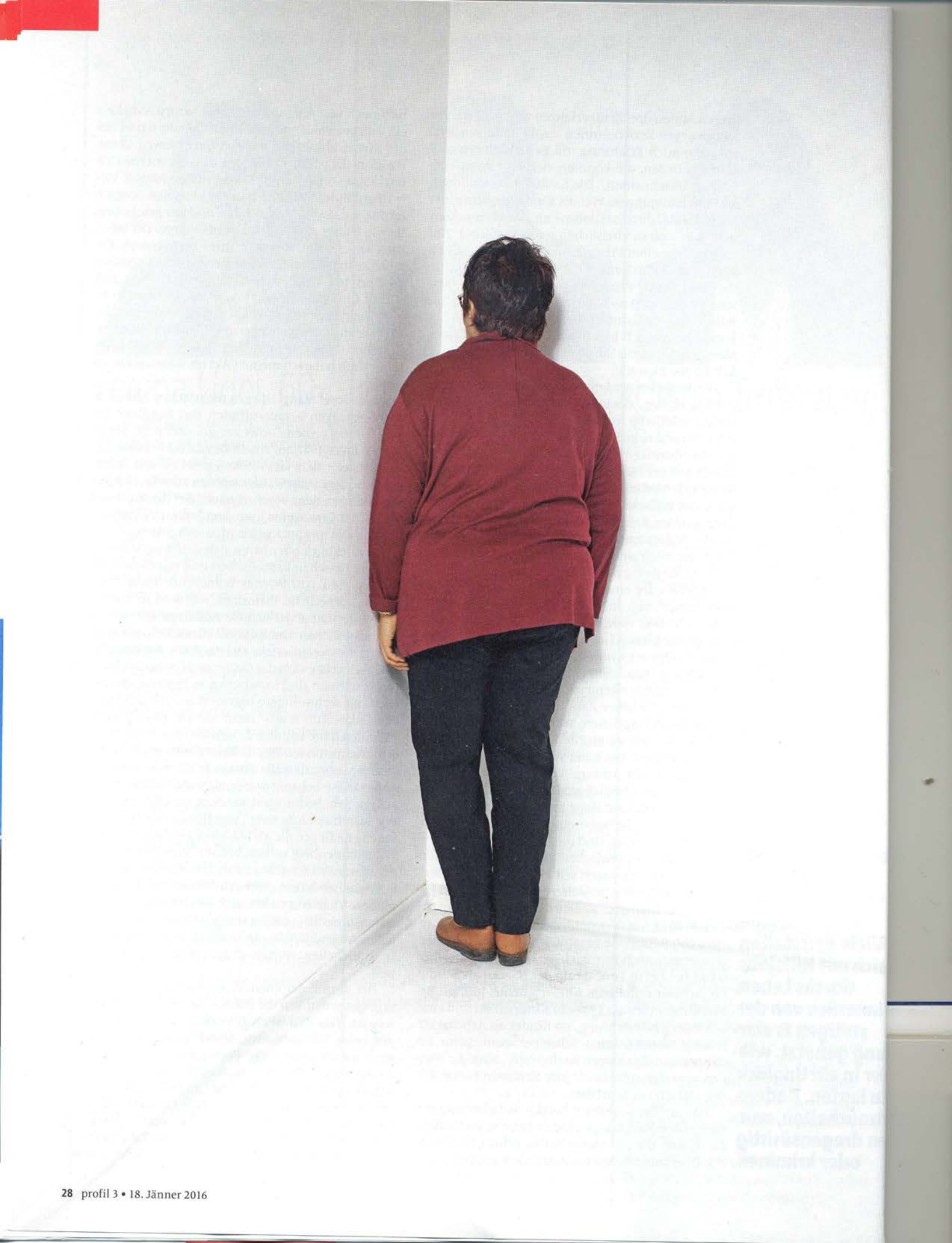
gelte sich von Anfang an in seine Unzuständigkeit ein und verwies Opfer, die in den Ländern und bei der Kirche abblitzten, auf den Gerichtsweg. „Eine Position, die völlig ausblendet, dass die meisten Taten längst verjährt sind“, kritisiert Steinhauser. Viele Heimkinder reiben sich in der föderalen Zersplitterung auf und fühlen sich hin und her geschoben, so wie früher als Zöglinge der Fürsorge. Oft bekamen sie nur Bruchstücke ihrer verfahrenen Geschichte in die Hand, weil Akten vernichtet wurden oder nur mit viel Hartnäckigkeit aufzutreiben sind. Margit Christine Skala, 71, war als Mädchen in einem Heim in der Hinterbrühl gewesen, von dem die Diözese zunächst behauptete, es habe nie existiert: „Ein alter Pfarrer konnte sich aber noch erinnern, schließlich habe ich meinen Akt im Staatsarchiv gefunden.“

Franz Josef Stangl ist es in mehrfachen Anläufen nicht gelungen herauszufinden, was aus einer Anzeige gegen seinen Großvater geworden ist. Seine Mutter hatte 1957 auf einem Gendarmerieposten in der Oststeiermark zu Protokoll gegeben, von ihrem Adoptivvater vergewaltigt worden zu sein. Gingen die Beamten dem Vorwurf nach? Bei der Staatsanwaltschaft Graz wollte man dem Enkel mit Verweis auf den Datenschutz keine Auskunft geben.

Im Rückblick offenbaren sich strukturelle Unterschiede zwischen katholischen und staatlichen Gewaltregimen. Am Wiener Wilhelminenberg überwogen körperliche Torturen, während in kirchlichen Internaten, wo sich die Aufstiegshoffnungen der männlichen Landjugend bündelten, sexuelle Übergriffe dominierten. Aus der Sicht der Betroffenen aber geht es um das Große und Ganze. Die meisten von ihnen sind inzwischen in Pension und blicken mit wehmütigem Ingrim auf ein Leben zurück, das mit etwas mehr Glück ganz anders verlaufen hätte können. Zu den für sie schmerzlichsten Erkenntnissen der Wilhelminenberg-Untersuchung gehört, dass die Zustände bis in höchste Beamtenkreise bekannt waren, sich aber niemand veranlasst sah, bedrängten Kindern zu Hilfe zu eilen. „Wir waren es nicht wert“, sagt Ilonka Stahleder, geborene Redinger, die als Mädchen ein Jahrzehnt am Wilhelminenberg verbracht hatte. Manche ihrer Leidensgenossen schafften es als Erwachsene, qualvolle Erlebnisse hinter einer achtbaren Fassade zu vergraben. Viele wurstelten sich mit Hilfsjobs durchs Leben, innerlich von der stetigen Erwartung gehetzt, jeden Augenblick in ein Unglück zu laufen. Andere strauchelten, wurden drogensüchtig oder kriminell.

Der Kampf der ehemaligen Heimkinder ist einsam geworden, seit die öffentliche Aufmerksamkeit weg ist. „Das Blut ist eingetrocknet“, sagt Stangl. Es gibt keine Täterforschung, Mittel für Aktenanalysen, auch juristisch sind die Verbrechen nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet. Jenö Molnar focht eine Schadenersatzklage gegen das Land Oberösterreich durch alle Instanzen, derzeit ist die Causa beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg anhängig. Molnar, der von Tatiana Urdaneta Wittek, Kanzlei Lansky, vertreten wird, hat-

Manche vergraben ihre Erlebnisse hinter einer achtbaren Fassade. Viele wurstelten sich mit Hilfsjobs durchs Leben, innerlich von der stetigen Erwartung gehetzt, wieder in ein Unglück zu laufen. Andere strauchelten, wurden drogensüchtig oder kriminell.



Margit Christine Skala, 71

Ihre Mutter, eine Alleinerzieherin, hatte nie Zeit. Als Mädchen zog sie von Nachbar zu Nachbar, von Tante zu Onkel, verbrachte die Sommer im Ferienlager. Mit neun kam sie in ein von Nonnen geführtes Heim in der Hinterbrühl. Die Ordensfrauen schlugen mit Bürsten auf nackte Hände, zwangen die Mädchen, ihr Erbrochenes zu essen. Als Margit Christine Skala Reißaus nahm, verurteilte das Jugendgericht sie wegen Vagabundage zu zwei Wochen Haft. Danach landete sie für dreieinhalb Jahre in einem Heim in Wiener Neudorf, wo jede Aufmüpfigkeit mit „Korrektion“ geahndet wurde, eiskalte Dunkelhaft in einem Verlies unter der Kirche. Sie habe sich die Haare ausgerissen, um sie im Finsternen zu zählen, und vertrage bis heute keine geschlossenen Räume, sagt die 71-Jährige: „Bei mir zu Hause sind alle Türen ausgehängt.“ Mit 14 arbeitete sie 65 Stunden in der Woche, schleppte schwere Wasserkübel in der Wäscherei und zwickte am Abend Strasssteine in Metallfassungen, eine Leiharbeiterin für ein Unternehmen aus der Gegend. Dafür hat sie nie einen Lohn gesehen. Der Orden streifte sogar die 80 Schilling ein, die sie bei ihrer Einlieferung in der Tasche trug. Mit 21 trat Skala in eine Welt hinaus, in der sie nicht einmal das Geld kannte. Für die Misshandlungen durch die Nonnen in der Hinterbrühl erhielt die inzwischen 71-jährige Wienerin 5000 Euro von der Kirche zugesprochen, 15.000 legte der Weiße Ring für die Jahre in Wiener Neudorf drauf. Das an ihr begangene Unrecht sei damit nicht abgegolten, sagt Skala: „Ich will zumindest den Lohn und die Versicherungszeiten zurück, die man mir vorenthalten hat.“

Die Heimkinder haben genug von der Rolle der Opfer und Bittsteller. Sie wollen anfangen, als Zeitzeugen ihre Geschichten zu erzählen, damit nachfolgende Generationen daraus ihre Schlüsse ziehen können.

te geltend gemacht, die Erinnerungen an traumatische Erlebnisse in seiner Kindheit seien erst bei einer schweren Operation vor etwa zehn Jahren hochgekommen. Die Frage, wann die Verbrechen verjähren, darf man durchaus auch politisch und moralisch verstehen, wie Clemens Jabloner, Ex-Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, in einem „Standard“-Interview erklärte: „Der Umstand, dass etwas verjährt ist, schließt nicht aus, dass man neue Rechtsgrundlagen schafft, wenn man befindet, dass sonst nicht genug getan wurde.“ Im Zuge der Restitution von NS-Raubgut habe sich der Staat schon einmal einen Ruck gegeben.

Eine offene Wunde sind auch Versicherungszeiten und Opferpensionen. Die Männer und Frauen, die als Kinder in Besserungsanstalten oft im buchstäblichen Sinn bis zum Umfallen arbeiten mussten, fühlen sich um Löhne und Pensionsansprüche betrogen. Sozialminister Rudolf Hundstorfer zeigt bei dem Thema sofort auf die Länder, denen die Erziehungsheime unterstanden. Auch bei Opferrenten steht er auf der Bremse.

2012 gelang es einer 70-Jährigen, die als Kind in einem Heim in Innsbruck gequält worden war, 1600 Euro zu erstreiten. Ihr deutscher Anwalt Christian Sailer führte danach eine Reihe ähnlicher Verfahren und stellte fest, „dass die Sozialbehörde offenbar Angst bekommen hat, dass sich alle Schleusen öffnen“. Seither gäbe es fast nur noch negative Bescheide. Tatsächlich: Von 304 Anträgen auf Verdienstentgang wurden bisher erst 33 bewilligt, 132 sind noch in Bearbeitung. Laut einem Sprecher des Sozialministeriums ziehen sich die Verfahren, weil es schwierig sei, entgangene Verdienstchancen auf konkrete Heimschäden zurückzuführen: „Das primäre Instrument der Entschädigung in diesem Bereich sind die von den Ländern und der Kirche getroffenen Maßnahmen.“

Die Heimkinder setzen große Hoffnungen in eine „Wiener Heimstudie“, die 2017 fertig sein soll und über die Grenzen hinweg Aufsehen erregen könnte. Die Traumapsychologin Brigitte Lueger-Schuster will damit eine Frage klären, die den Opfern von Missbrauch und Gewalt unter den Nägeln brennt wie keine andere: Wirken sich traumatische Erlebnisse in frühen Jahren ein Leben lang aus, etwa in Form psychischer Probleme, geringer Ausbildung, hoher Kriminalität? Der Zwischenbericht liefert ein zartes, erstes Ja. Lueger-Schuster will dazu „harte Fakten“ ermitteln und sucht für die Kontrollgruppe noch Menschen zwischen 50 und 70 Jahren, ohne traumatische Heimgeschichte (<http://heimstudie.univie.ac.at>).

Die Debatte der ehemaligen Heimkinder im 15. Wiener Gemeindebezirk ist nach einigen Stunden in der Zukunft gelandet. Man habe genug von der Rolle der Opfer und Bittsteller. Stangl und seine Mitstreiterinnen wollen sich als Zeitzeugen zur Verfügung stellen, wollen anfangen, ihre Geschichten in Schulen zu erzählen, damit nachfolgende Generationen daraus ihre Schlüsse ziehen können. Volek: „Ich habe Kinder und Enkel. Was uns passiert ist, darf sich nicht wiederholen!“ ■